

Leserbrief

Betr.: Leben auf Pump

In einer namhaften süddeutschen Zeitung (Schwarzwälder Bote) war neulich zu lesen: unser Staat müsste angesichts der wirtschaftlichen Probleme über Entlastung und Senkung von Steuern nachdenken, ohne zu erwähnen, dass die staatliche Verschuldung durch das Bilden des so genannten Sondervermögens einen riesigen Umfang angenommen hat.

Stattdessen findet unsere Regierung immer wieder neue Wege, mehr Geld auszugeben, als eingenommen wird.

Statt immer neue Schulden zu machen, ist dringend eine gründliche Korrektur der Politik notwendig. Dazu gehört ein radikaler Rückbau der staatlichen Vorschriften und Regeln, ungebremste Regulierungswut mit gesetzlichen Vorgaben, Berichtspflichten, Tariftreuegesetz, Entgelttransparenzgesetz und das unsägliche Lieferketten-Sorgfaltspflichtgesetz.

Zwar haben viele der Vorschriften und Gesetze ihren Ursprung in Brüssel. Bund, Land und Kommunen sind aber nicht verpflichtet, jeden Unsinn der von dort kommt, zu übernehmen. Dies ist dringend notwendig, damit die wirtschaftliche Entwicklung der Betriebe nicht behindert und Arbeitsplätze gefährdet werden.

Man muss nicht unbedingt die Kettensäge einsetzen, um die Heerscharen von Beamten in Brüssel, Berlin und Stuttgart auf ein angemessenes Maß zu reduzieren. Ein Beispiel ist das aktuell diskutierte Arbeitszeiterfassungsgesetz, weil völlig überflüssig. Beschäftigte und Unternehmen können dies ohne politische Vorgaben einvernehmlich regeln.

Kernbotschaft: Weniger Staat und mehr Freiheit für Bürger und Beschäftigte.

Karl Braun, Haiterbach